

Politischer Newsletter 1/2017

Sessionsdaten

Die Wintersession dauerte vom 28. November bis am 16. Dezember 2016.

Die Frühjahrsession findet vom 27. Februar bis 17. März 2017 statt.

Vernehmlassungen

keine

Bundesrat

Bundesrat stärkt die Suchtprävention

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 2. Dezember 2016 den Massnahmenplan zur Nationalen Strategie Sucht 2017–2024 genehmigt. Ziel der Strategie ist es, die Gesundheitskompetenz aller zu stärken, Suchterkrankungen zu verhindern, suchtgefährdete Menschen frühzeitig zu unterstützen und den betroffenen Menschen die notwendige Hilfe zukommen zu lassen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) wird den Massnahmenplan gemeinsam mit den wichtigsten Partnern umsetzen.

→ Details:

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-64756.html>

Bergcasinos können künftig in der Nebensaison den Tischspielbereich schliessen

Bergcasinos mit Rentabilitätsproblemen können ab nächstem Jahr während der gesamten Nebensaison den Tischspielbereich schliessen. Mit dieser Massnahme will der Bundesrat die Spielbanken Davos und St. Moritz unterstützen. Er hat an seiner Sitzung vom 2. Dezember 2016 eine entsprechende Änderung der Spielbankenverordnung auf den 1. März 2017 in Kraft gesetzt.

→ Details:

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-64754.html>

Tabak: Bundesgesetz über Tabakprodukte

Der Entwurf für ein Bundesgesetz über Tabakprodukte (E-TabPG) wurde im Anschluss an die Revision des Lebensmittelrechts erarbeitet, die Tabakprodukte vom Geltungsbereich des Lebensmittelgesetzes ausnimmt. Er regelt die Anforderungen an Tabakprodukte, um den Konsum dieser Produkte zu verringern und die schädlichen Auswirkungen des Konsums zu beschränken. Der Gesetzesentwurf orientierte sich an der heutigen Regelung zu den Tabakprodukten und führte einige Neuerungen und Änderungen ein. Diese betreffen vor allem die Regelung der E-Zigaretten, zusätzliche Einschränkungen der Werbung, der Verkaufsförderung und des Sponsorings sowie ein Verbot der Abgabe von Tabakprodukten an Minderjährige.

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats hat das Geschäft an der Sitzung des 13./14. Oktobers 2016 behandelt. Sie beantragt mit 12 zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen, der vom Ständerat beschlossenen Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat nicht zuzustimmen.

Der Nationalrat beschloss an seiner Sitzung vom 8. Dezember 2016 mit 101 zu 75 Stimmen bei 14 Enthaltungen das Geschäft an den Bundesrat zurückzuweisen.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20150075>

Kommissionen

Tabak: Tabaksteuergesetz. Änderung

Der Bundesrat hat am 17. Juni 2016 die Botschaft zur Änderung des Tabaksteuergesetzes (TStG) verabschiedet. Seit Jahren verfolgt der Bundesrat das Ziel, die schweizerische Tabaksteuerbelastung in moderaten Schritten der EU-Mindestbelastung anzunähern und dem Bund mit Tabaksteuererhöhungen Mehreinnahmen zu verschaffen. Die Kompetenz des Bundesrates zur Erhöhung der Tabaksteuer auf Zigaretten ist mit der letzten Erhöhung per 1. April 2013 ausgeschöpft worden, daher verzichtet der Bundesrat auf einen Antrag zur Erneuerung der Kompetenz zur Erhöhung der Tabaksteuer. Die beantragte Änderung des TStG umfasst somit nur noch folgende zwei Punkte: 1. Der eidgenössischen Zollverwaltung soll mehr Flexibilität beim Vollzug gewährleistet werden, d.h. dort wo nicht zwingend die Oberzolldirektion tätig werden muss, soll die Zollverwaltung die innerhalb ihrer Organisation zuständige Stelle bestimmen können. 2. Der Begriff «Wasserpfeifentabak» soll in das Gesetz aufgenommen werden.

In ihrer Sitzung des 24./25. Oktobers ist die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) oppositionslos auf eine Revision des Tabaksteuergesetzes eingetreten. Der Nationalrat entschied sich in seiner Sitzung vom 14. Dezember 2016 mit 139 zu 35 Stimmen dem Entwurf des Bundesrats zu folgen.

Das Geschäft wurde an der Sitzung der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats vom 09. Januar 2017 behandelt. Betreffend der Änderung im Tabaksteuergesetz 16.051 beantragt die WAK-S einstimmig der Vorlage des Bundesrats zuzustimmen.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20160051>

Alkohol: «Via sicura. Nein zur Dreifachbestrafung!»

Im Rahmen von «Via sicura» wurde im Strassenverkehrsgesetz (SVG) für die Versicherer anstelle eines Rückgriffsrechts eine Rückgriffspflicht eingeführt. Davon sind gemäss Jean-Luc Addor (SVP / VS) nun aber zahlreiche versicherte Personen betroffen, die keine eigentlichen Raserinnen und Raser sind. Vor allem sind sie aus seiner Sicht in unverhältnismässiger Weise betroffen, da einer strafrechtlichen und einer administrativen Sanktion eine finanzielle Bestrafung hinzugefügt wird. Aus diesem Grund hat Jean-Luc Addor eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche anstelle der Rückgriffspflicht wieder ein Rückgriffsrecht fordert, wenn in angetrunkenem oder fahrunfähigem Zustand oder durch ein Geschwindigkeitsdelikt ein Schaden verursacht wurde.

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats hat sich an der Sitzung des 29. Augusts 2016 mit diesem Geschäft befasst und entschieden, die Beratung dieser Thematik an ihrer Sitzung vom 13. Februar 2017 fortzusetzen. Bisher liegen keine neuen Informationen vor.

→ Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20150500

Geldspiel: «Geldspielgesetz»

Das neue Geldspielgesetz setzt den Verfassungsartikel über die Geldspiele um, den Volk und Stände am 11. März 2012 angenommen haben, und wird das Spielbankengesetz vom 18. Dezember 1998 sowie das Lotteriegengesetz vom 8. Juni 1923 ablösen.

Das Geschäft wurde in den Sitzungen des Ständerats vom 7. und 13. Juni 2016 behandelt. Der Beschluss weicht vom Entwurf des Bundesrats in einzelnen Fragen ab. Die folgenden Themen, welche die Organisationen der Prävention eingebracht hatten, wurden abgelehnt: Die Einführung einer Spielsuchtabgabe auch für die Betreiber von Casinos, die Sicherstellung der Alterskontrolle an Spielautomaten sowie die Schaffung der Konsultativkommission für Fragen zum exzessiven Geldspiel.

Nun hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates am 24. Juni 2016 die Arbeiten als Zweitrat aufgenommen. Sie hat in einem ersten Schritt Anhörungen durchgeführt und eine allgemeine Aussprache zur Vorlage geführt. Die Kommission ist danach ohne Gegenantrag auf die Vorlage eingetreten und hat verschiedene Anträge zur Rückweisung an den Bundesrat abgelehnt. Die Kommission hat der Verwaltung Aufträge für weitergehende Abklärungen erteilt und an ihren Sitzungen vom 13. Oktober und 4. November 2016 die Detailberatung der Vorlage aufgenommen. In ihren Sitzungen vom 12./13. Januar 2017 folgte die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats dem Entwurf des Bundesrates in den meisten Punkten und nahm ihn mit 18 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen an. Die Kommission lehnt jedoch die Sperrung von Internet-Seiten von in der Schweiz nicht zugelassenen Online-Geldspielen ab. Deren Veranstalter sollen allerdings von der Eidgenössischen Spielbankenkommission verwarnt und allenfalls strafrechtlich verfolgt werden.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20150069>

Parlament

Drogen: «Drogensuchtests in der Armee»

Der Ständerat hat die Motion von Daniel Jositsch (SP / ZH), welche beantragt, dass Angehörige der Armee präventiv und ohne Verdacht auf Drogen getestet werden können, einstimmig angenommen. Seiner Meinung nach sind solche Drogensuchtests dadurch berechtigt, dass Angehörige der Armee während der Dienstpflicht Teil der Staatsgewalt und entsprechend mit Waffen ausgerüstet sind, schwere Fahrzeuge führen und Tätigkeiten wahrnehmen, bei denen bei falscher Manipulation oder Missbrauch eine Gefahr für Dritte entstehen kann.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates beantragt ihrem Rat einstimmig, die Motion abzulehnen. Sie erachtet die heute vorhandenen Möglichkeiten der Armee für angemessen und legt grossen Wert darauf, das Vertrauensverhältnis unter den Armeeangehörigen zu wahren.

Der Nationalrat hat das Geschäft am 14. Dezember 2016 mit 158 zu 6 Stimmen abgelehnt.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163053>

Vorstösse

Neuer Vorstoss: «Politik der Schadensminderung im Gefängnis. Antrag auf Standortbestimmung»

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat geprüft, ob heroinabhängige Patientinnen und Patienten einen Anspruch darauf haben, ihre Methadontherapie während des Vollzugs einer Freiheitsstrafe fortsetzen zu können. In einem Urteil vom September 2016 kam das Gericht zum Schluss, dass der Staat sicherstellen muss, dass die Haftbedingungen auch aus medizinischer Sicht angemessen sind. Er muss den abhängigen Patientinnen und Patienten also eine Substitutionstherapie anbieten. Das schweizerische Epidemiegesezt ist seit dem 1. Januar 2016 in Kraft; es verpflichtet Haftanstalten, abhängigen Inhaftierten steriles Spritzbesteck zur Verfügung zu stellen. Von 110 Strafvollzugsanstalten haben jedoch nur 13 diese Bestimmung umgesetzt. Deshalb stellt Laurence Fehlmann Rielle (SP / GE) in ihrer Interpellation folgende Fragen an den Bundesrat: 1. Wie nimmt der Bundesrat Stellung zum Urteil des EGMR vom September 2016? 2. Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass es sinnvoll wäre, über die Umsetzung der Politik der Schadensminderung in Gefängnissen eine Standortbestimmung durchzuführen im Hinblick auf die Harmonisierung der verschiedenen Praktiken? 3. Wie kann es sein, dass die grosse Mehrheit der Strafvollzugsanstalten das Epidemiegesezt nicht umsetzt, insbesondere, was steriles Spritzbesteck betrifft? 4. Was will der Bundesrat unternehmen, damit das Gesezt auf kantonaler Ebene umgesetzt wird? 5. Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass die Ausbildung für das Gesundheitspersonal in Gefängnissen vereinheitlicht werden müsste?

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20163986>

Neuer Vorstoss: «Statistikerhebung der heutigen Kostenverteilung auf die vier Säulen der Drogenpolitik»

In ihrem Postulat beauftragt Verena Herzog (SVP / TG) den Bundesrat, eine neue Studie über die Kosten, vor allem in den Sozialwerken und aufgrund illegalen Betäubungsmittel-Konsums, in Auftrag zu geben. Die Studie soll aufzeigen, wie die heutige Kostenverteilung auf die vier Säulen aussieht. Sie soll zudem die Folgekosten der Substitution miteinschliessen und explizit ausweisen und bis Ende 2017 verfügbar sein. Die Studie soll gleichzeitig insbesondere die Kosten der abstinenzorientierten Therapien und deren sozialen Folgekosten gegenüber der Substitution mit ihren Folgekosten aufzeigen.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20164035>

Beantworteter Vorstoss: «Gesundheitskosten senken durch Hilfe zur Selbsthilfe»

Die gemeinschaftliche Selbsthilfe, d.h. die Teilnahme von gleichbetroffenen Personen an Selbsthilfegruppen, sowie dessen Förderung in vielen gesundheitlichen und sozialen Bereichen, ist für die Krankheitsbewältigung und Gesundheitserhaltung von grosser Bedeutung und spielt auch für die Prävention eine wichtige Rolle. Direkt Betroffene sowie helfende Angehörige erleben in der Selbsthilfe gegenseitige Hilfe und Solidarität und übernehmen Selbstverantwortung. So erreichen sie einen höheren Grad an Gesundheitskompetenz. Jedoch fehlt es in der Schweiz an einer Kultur der Hilfe zur Selbsthilfe. Die Stärkung der Selbsthilfe ist ein Querschnittsthema, das in verschiedenen Massnahmen

zur Umsetzung von "Gesundheit2020" berücksichtigt wird. Für eine echte Stärkung und Anhebung des Stellenwertes der gemeinschaftlichen Selbsthilfe ist eine Mittelzuteilung notwendig, welche die Wirksamkeit der Selbsthilfe berücksichtigt. Daher fordert Maja Ingold (CVP / ZH) in ihrer Motion den Bundesrat dazu auf, der gemeinschaftlichen Selbsthilfe als besonders effektives und effizientes Instrument der Krankheitsbewältigung in den nationalen Gesundheitsstrategien höhere Priorität einzuräumen und sie in der Mittelzuteilung gemäss Wirksamkeit zu berücksichtigen.

Der Bundesrat nahm am 23. November 2016 Stellungnahme zu diesem Geschäft. Er beantragt die Ablehnung der Motion.

→ Antwort des Bundesrats: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163709>